

„Spiegel“- Diskussion — erst am Anfang

Aus der „Spiegel“-Affäre ist nach einer Strauß-Affäre längst eine Bonn-Affäre geworden; die Krise hat sich von ihrem ursprünglichen Herd gelöst und auf größere Bereiche ausgedehnt. Der „Spiegel“ steht nicht mehr im Mittelpunkt. Insofern kann man jene (ausschließlich inländischen) Stimmen zunächst einmal verstehen, die da vorschlagen, einflüstern oder gar fordern, es der „Spiegel“-Diskussion nun endlich genug sein zu lassen. Tatsächlich, es geht nicht mehr um ein Nachrichtenmagazin, dem unsere in vielen anderen Fällen so auffallend „langmütigen“ Ordnungskräfte über Nacht mit erstaunlicher Vehemenz und „ein bißchen außerhalb der Legalität“ (Innenminister Höcherl) an den Pelz gefahren sind. Was d a z u zu sagen war, ist zunächst einmal gesagt; das übrige wird aktuell werden, wenn und sofern es zur Gerichtsverhandlung kommt. (Nicht bis dahin gestundet werden kann allerdings die Diskussion über die Problematik unserer Landesverrats-Gesetzgebung.)*

Und doch ist allen Zeitgenossen gegenüber, die für eine Beendigung der „Spiegel“-Diskussion plädieren (manche mit dem Argument, das verschaffe dem unbotmäßigen Magazin nur noch immer mehr Popularität), höchste Vorsicht am Platze. Ihnen ist nämlich ebenso klar wie irgendwem im In- und Ausland, daß die Angelegenheit dieses Wochenblattes, das seit Jahren ja auch Surrogat für die desertierte parlamentarische Opposition in der Bundesrepu-

blik ist, mit der Angelegenheit unseres Staates und seiner Führung identisch geworden ist (und das noch lange bleiben wird), und sie wissen auch, daß man nicht über den „Spiegel“ sprechen kann, ohne die Bonner Politik zu meinen. Deswegen ist der Hintergedanke klar: wer sich nicht länger mit dem „Spiegel“-Skandal beschäftigen soll, soll sich nicht länger mit Bonn beschäftigen, — denn dort sind im Spätherbst 1962 besonders peinliche Dinge sichtbar geworden, deren weitere Durchleuchtung und Analyse durch die Öffentlichkeit allen denen nicht am Herzen liegen kann, die unter Demokratie in erster Reihe die Verewigung der augenblicklichen Herrschafts-Konstellation verstehen.

Der Deutsche neigt dazu, politische Skandale als degoutant und unpassend zu empfinden und sich an ihnen vorbei so schnell wie möglich zu den Problemen seiner privaten Prosperität zu verdrücken. Das kommt auch diesmal seinen Verführern entgegen — die ihm suggerieren: Nun hast du wochenlang den Klatsch genossen, nun geh wieder schön brav an deine Arbeit und laß die Obrigkeit nur machen, sie wirds schon richtig machen...

Was kann der Bürger dieser Verlockung, sich nach dem Aufschrecken auf die andere Seite zu drehen und weiterzuschlafen, entgegensetzen? Nicht viel, so weit er auf den Trick hereingefallen ist, das „Unerfreuliche“ an der „Spiegel“-Affäre bestehe aus gewissen „Begleitumständen“ und einigen „Fehlern“; über solche Dinge kann sich der Mensch, seiner Natur entsprechend, nicht ewig aufregen. Will man verhüten (und sein Teil dazu beitragen), daß auch diese, bisher ernsteste Bonner Krise wieder kupiert, abgetrieben wird, noch bevor sie ihren Sinn, Vorstufe zur

* Vgl. „Zur politischen Strafjustiz in der Bundesrepublik“ in „Dokumente zum Zeitgeschehen“ dieses Heftes

Genesung zu sein, erfüllen konnte, so muß man sich schon über ihren politischen Grund klar werden (und klar bleiben).

Die Nacht-und-Nebel-Aktion gegen ein Presseorgan, das zur Aufklärung und Urteilsbildung unserer Bevölkerung mehr beiträgt als irgendein anderes; die obskure spanische Verhaftung; die roßtäuscherhaften Manipulationen von Franz Josef Strauß; das beängstigende Gekurve unseres Verfassungsministers Höcherl; das unglaubliche Verhalten, wieder einmal, des über die Maßen abgebrühten Bundeskanzlers —, alles das wiegt natürlich sehr schwer, aber es ist dennoch nicht der eigentliche wunde Punkt. Völlige Klarheit (und damit zugleich Einsicht in die Notwendigkeit, sich weiterhin zu rühren und sich nicht wieder einlullen zu lassen) gewinnt nur derjenige, der sich die einfache Wahrheit zu eigen macht, daß es zu dem ganzen Skandal gar nicht erst gekommen wäre, wenn der „Spiegel“ nicht die bisher wirksamste Stimme für eine von Grund auf andere, neue Bonner Außen-, Wiedervereinigungs- und vor allem Verteidigungspolitik repräsentiert hätte (und hoffentlich noch so lange repräsentieren wird, bis seine vernünftigen Auffassungen einen effektiven Fürsprech im Bundestag gefunden haben). Nicht so sehr über Franz Josef Strauß sollte der „Spiegel“ stolpern — was ja fürs erste genau umgekehrt gekommen ist —, sondern vor allem über die von Strauß praktizierte, nach Atomwaffen strebende Verteidigungspolitik.

Allein um diese Politik, in allen ihren Erscheinungsformen und Verzweigungen, geht es — nicht um die Person von Franz Josef Strauß, auch nicht um die Person seines Nachfolgers, überhaupt nicht um Personen, auch nicht um Augstein und Ahlers, oder doch nur insofern, als sich durch sie alle eine bestimmte Politik manifestiert. Es geht auch nicht um die Frage, ob Franz Josef Strauß ein guter oder ein schlechter Verteidigungsminister gewesen sei.

Sondern um die Erkenntnis (und auch dazu hat der „Spiegel“ beigetragen), daß es im thermonuklearen Zeitalter „gute“ Verteidigungsminister überhaupt nicht mehr geben kann, weil alle ihre Anstrengung und Intelligenz dauernd unterspült wird von den chaotischen Visionen und Drohungen der Apokalypse — mit denen fertig zu werden keiner menschlichen Macht mehr gelingen kann; es sei denn der Macht des Friedens.

Es gibt für die deutsche Öffentlichkeit nicht nur keinen Grund, sondern auch nicht das geringste Recht, sich die „Spiegel“-Diskussion vorzeitig entwinden zu lassen. Denn es handelt sich in Wahrheit um eine politische Grund-Diskussion — und die hat ja eben erst begonnen. Nicht von einem Ende kann die Rede sein, sondern nur von einem Anfang. Wer das nicht erkennt, tut nur denen einen Gefallen, die die festgefahrene Bonner Karre lieber versacken lassen würden, als sie mit vereinten Kräften zurückzustemmen und auf einen neuen, stabileren Pfad zu setzen.

J. W.

Das französische Wunder

Heinz Abosch schreibt uns aus Paris: Allen Todesanzeigen zum Trotz dauert die gaullistische Welle an, ja sie wird noch machtvoller. Mit 194 Abgeordneten im ersten Parlament der Fünften Republik vertreten, wird die Bewegung des Generals diesmal über 229 verfügen und damit fast die Schwelle der absoluten Mehrheit erreichen. Mit ihren Verbündeten wird sie weit darüber hinaus kommen. Keine Regierungskrisen und keine Parteienkämpfe wird es vorerst geben, zumindest nicht im echten Sinn politischer Auseinandersetzungen. Über allen Gipfeln ruht de Gaulle und gebietet den Ja-Sagern ebenso wie einer wehrlosen Opposition. Er und seine Gefolgschaft führten den Kampf gegen die „Parteien von ehemals“, die der Nation geschadet